

Pressestatement

Reimann: Anstieg der Selbstzahler-Leistungen in Arztpraxen geht auf Kosten der vertragsärztlichen Versorgung

Berlin, 3. Dezember 2024

Die heute vorgestellten Ergebnisse des „IGeL-Reports“ des Medizinischen Dienstes Bund (MD Bund) kommentiert die Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Dr. Carola Reimann, wie folgt:

„Auf der einen Seite warten gesetzlich Versicherte immer länger auf Facharzttermine, auf der anderen Seite bieten bestimmte Facharztgruppen wie Augenärzte oder Hautärzte immer mehr Selbstzahler-Leistungen an. So liegt beispielsweise der Anteil der Einnahmen aus der GKV-Abrechnung bei den Hautärzten laut Statistischem Bundesamt nur noch bei 48,6 Prozent der Gesamteinnahmen. Damit ist er inzwischen fast genauso groß wie der Anteil aus der Abrechnung von Privatleistungen (IGeL und Abrechnungen an Privatversicherte). Bedenklich ist auch, dass nach den Auswertungen des MD Bund in besonders großem Umfang Leistungen verkauft werden, deren möglicher Schaden den Nutzen deutlich überwiegt.“

Zwischen dem Anstieg bei den Privatleistungen und den immer längeren Wartezeiten von GKV-Versicherten auf Facharzttermine gibt es einen direkten Zusammenhang: Wenn ein Facharzt seine Zeit mit Schönheitsbehandlungen oder fragwürdigen Vorsorgeuntersuchungen ohne wissenschaftlich belegbaren Nutzen verbringt, fehlen eben Kapazitäten für die vertragsärztliche Versorgung. Statt die GKV-Sprechzeiten für den Vertrieb von IGeL zu verwenden, sollten die Vertragsärzte wieder mehr Zeit für die Behandlung der gesetzlich versicherten Patientinnen und Patienten bereitstellen. Darüber hinaus muss die Diskriminierung der GKV-Patienten bei der Online-Terminbuchung beendet werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass frühere Termine nur dann verfügbar sind, wenn man

eine Selbstzahlerleistung kauft oder privat krankenversichert ist. Zudem sollte das verpflichtend vorgesehene Angebot von offenen Sprechstunden für Akutfälle besser kommuniziert werden.

Zur Eindämmung der vielen fragwürdigen IGeL-Leistungen, die in den Praxen verkauft werden, sollten Ärztinnen und Ärzte verbindlicher als bisher verpflichtet werden, ihre Patientinnen und Patienten objektiv über den Nutzen und den eventuellen Schaden von Selbstzahler-Leistungen aufzuklären. Der aktuelle IGeL-Report des MD Bund belegt erneut, dass es hier oft hapert. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die IGeL-Regeln mit einer Weiterentwicklung des Patientenrechtegesetzes nachgeschärft werden. Mit einer Normierung der Informationspflicht sollte der Missbrauch wirksam bekämpft werden – auch im Sinne des Großteils der Ärztinnen und Ärzte, die seriös agieren.“